

Einkommensrunde 2018

Tarifabschluss: Grundlegend besser

Interview mit dem
neuen Ostbeauftragten
Christian Hirte
**Der Osten braucht
einen Anwalt und
der will ich sein**

Einkommensrunde 2018

Tarifabschluss: Grundlegend besser

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich in den frühen Morgenstunden des 18. April 2018 auf einen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen geeinigt.

Das Ergebnis ist komplex, weil die Entgelttabelle grundlegend überarbeitet wurde. Im Ergebnis erhalten alle Beschäftigten deutlich mehr Geld: Berufsanfänger starten beispielsweise mit höheren Einstiegsgehältern und die unteren Einkommensgruppen (bis Entgeltgruppe 6) profitieren von einer Einmalzahlung von 250 Euro.

Entsprechend zufrieden zeigte sich der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach: „Reale Zuwächse und Zukunftsperspektive: Die wochenlangen Proteste und über 40 Stunden intensiver Verhandlungen haben sich gelohnt. Die neue Einkommenstabelle liegt nach ihrem Umbau im März 2020 um 7,5 Prozent über der alten. Für alle Kolleginnen und Kollegen ergibt sich daraus ein sehr



> Gewerkschaften und Arbeitgeber erläutern die Tarifeinigung vom 18. April 2018 den Medienvertretern. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach, der ver.di Bundesvorsitzende Frank Bsirske, der Bundesinnenminister Horst Seehofer und der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Thomas Böhle (von rechts).

deutliches Plus im Geldbeutel. Wir sind angetreten, den Einkommensrückstand zur Privatwirtschaft zu verringern und wir haben geliefert.“

Der dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, ergänzte: „Wir haben die schwierige Balance hinbekommen, etwas für Berufseinsteiger und die

Nachwuchsgewinnung zu tun und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf dem Fachkräftemarkt zu verbessern.“

Der dbb Bundesvorsitzende Silberbach stellte aber auch klar, dass die Einkommensrunde 2018 erst beendet ist, wenn die Tarifeinigung auf

die Bundesbeamten übertragen wurde. Silberbach: „Der Anspruch der Beamtinnen und Beamten des Bundes ist eindeutig: Wir erwarten bei Einmalzahlung und Tabellensteigerung eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Potsdamer Tarifabschlusses.“ Es sei zu begrüßen, dass der Bundesinnenminister bereits zugesagt hat, sich gegenüber dem Bundestag genau dafür einzusetzen.

> Info

Kommentare aus den Landesbünden zum Tarifabschluss und Aktionsberichte finden Sie auf den Länderseiten dieser Ausgabe. Details zum Ergebnis finden Sie im dbb magazin und online unter dbb.de/einkommensrunde.

Teil 1: Interview mit dem neuen Ostbeauftragten Christian Hirte

Der Osten braucht einen Anwalt und der will ich sein

Die neue Bundesregierung hat Christian Hirte zum Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer ernannt. Im Interview mit dem dbb regionalmagazin erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie aus Thüringen, wie er seine Aufgabe sieht und welche Rolle der öffentliche Dienst für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland spielt.



> Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

regional magazin: Warum brauchen wir 28 Jahre nach der Wiedervereinigung noch einen Beauftragten für die neuen Bundesländer? Wo sehen Sie die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Hirte: Wir haben noch strukturelle Unterschiede in Ost und West. Wir haben in den neuen Ländern keine Metropolregionen und seit der Wiedervereinigung keine international erfolgreichen Großkonzerne. Vielmehr

ist der Osten von einer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur geprägt. Dies wirkt sich unter anderem auf Löhne, Einkommen und Innovationen aus. Gerade die Innovativkraft ist ja Motor für Wachstum.

Zudem möchte ich, dass wir Ostdeutschland als Wohn- und Wirtschaftsstandort stärken. Wir tun hier schon einiges, zum Beispiel mit dem Innovations-

programm INNOKOM, das wir auf ganz Deutschland ausgeweitet haben. Wir brauchen aber noch mehr, um die Struktur-schwäche auszugleichen. Eine gut ausgebaute Infrastruktur angefangen beim Breitbandausbau bis hin zu Schulen und Ärzten ist da ganz wesentlich.

Dafür braucht der Osten einen Anwalt und der will ich sein. Klar ist aber auch: Die Entwicklung in Ostdeutschland ist nicht die Aufgabe einer Person, sondern der gesamten Koalition.

regional magazin: Wie bewerten Sie die Rolle des öffentlichen Dienstes im Prozess der Wiedervereinigung?

Hirte: Der öffentliche Dienst hatte im Prozess der Wiedervereinigung eine wesentliche Bedeutung für die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Angleichung der Lebensverhältnisse. Es hat sich ein funktionsfähiger und leistungsstarker öffentlicher Dienst gebildet, der auf die Förderung des Gemeinwohls ausgerichtet ist und Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen in den Rechtsstaat vermittelt. Das war gerade nach den Erfahrungen in der DDR ganz wesentlich.

regional magazin: Unterscheidet sich die ostdeutsche Sicht auf den öffentlichen Dienst und das Beamtentum von der westdeutschen?

Hirte: Man war zumindest einige Zeit lang gegenüber Verbeamtungen skeptischer, denken Sie etwa an die Debatten um die Verbeamtung von Lehrern. Mittlerweile hat sich da aber viel angeglichen.

„Wir Ostdeutschen sind den Mittel- und Osteuropäern näher.“

Ich glaube, die ostdeutsche Sicht auf den öffentlichen Dienst und das Beamtentum unterscheidet sich nicht grundlegend von der westdeutschen. Kulturelle Unterschiede gibt es natürlich

ganz allgemein, und zwar zwischen Ost- und Westeuropa. Die Grenze verläuft direkt durch Deutschland. Die Ostdeutschen ticken anders als die Westdeutschen, die Bayern aber zum Beispiel auch.

Wir Ostdeutschen sind den Mittel- und Osteuropäern näher, das hat mit 40 Jahren Prägung in der sowjetisch dominierten Zone zu tun. Wir Ostdeutschen sollten unsere eigene kulturelle Tradition mit mehr Selbstbewusstsein vertreten. Ohne die neuen Bundesländer wäre die heutige Bundesrepublik nicht denkbar. Wir haben auch die spannendere Geschichte. In einer friedlichen Revolution haben wir uns Freiheit und Demokratie erkämpft. Wir sind mit Goethe und Schiller auch das Land der Dichter und Denker.

Teil 2 des Interviews folgt in der Ausgabe 6/2018

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © Friedhelm Windmüller

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacycenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacycenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 21, gültig ab 1.10.2017

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Einkommensrunde 2018

Knecht begrüßt Tarifabschluss

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, der in Potsdam der Verhandlungskommission angehörte, hat den gefundenen Kompromiss in der Einkommensrunde 2018 begrüßt. Er sah „einen Schritt der Einsicht der Arbeitgeber von Bund und Kommunen, sowohl für das Bestandspersonal motivierend als auch für Berufsanfänger attraktiv“ zu werden.

Angesichts der „üppig fließenden Einnahmen beim Bund und auch bei den Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns im zurückliegenden Zeitraum ist der Abschluss das Mindeste, was wir mit nach Hause in die Dienststellen nehmen“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht in Potsdam. „Ich bedanke mich ausdrücklich bei den streikbereiten Beschäftigten, aber auch bei den sich solidarisierenden Beamten, die etwa bei den Demonstrationen am 14. März in Rostock und am 12. April in Schwerin zu diesem Tarifabschluss beigetragen haben. Der dadurch erhöhte Druck auf die Arbeitgeberseite hat dazu geführt, dass wir uns heute einig wurden.“

Knecht betonte, das Tarifiergebnis brauche den Vergleich mit der Wirtschaft nicht zu scheuen und beinhalte mit den Regelungen zu Azubis auch Bestandteile, die die Entscheidung für ei-



> Der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, mit Bundesinnenminister Horst Seehofer (rechts) in Potsdam

nen Job im öffentlichen Dienst für junge Menschen interessant mache.

„Allerdings ist es unerklärlich, warum die Kommunen der VKA Ost die sofortige Angleichung der Jahressonderzahlung blockiert haben. Der jetzt

verhandelte neue Stufenplan bedeutet nichts anderes, als dass die Jahressonderzahlung erst im 32. Jahr nach der Wiedervereinigung angeglichen sein wird“, kritisierte Knecht.

Ausdrücklich begrüßte der dbb Landesvorsitzende die Ankün-

digung von Bundesinnenminister Horst Seehofer, das Tarifiergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die rund 350 000 Beamtinnen und Beamten (14 500 davon in Mecklenburg-Vorpommern) des Bundes zu übertragen: „Erst mit dieser Gleichbehandlung kommt diese Einkommensrunde zu einem gerechten Abschluss“, so Knecht. In Mecklenburg-Vorpommern sind insgesamt etwa 50 000 Menschen von den Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen betroffen.

Kurz vor der entscheidenden dritten Runde der Tarifverhandlungen hatten die Beschäftigten am 12. April 2018 in Mecklenburg-Vorpommern den Druck mit einem ganztägigen Warnstreik noch einmal erhöht. Bei der zentralen Demonstration mit 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Schwerin ging die Vorsitzende der dbb jugend, Karoline Herrmann, hart mit den Arbeitgebern ins Gericht und mahnte an, dass der öffentliche Dienst gerade für Nachwuchskräfte attraktiver werden muss. Angesichts von bereits heute 200 000 fehlenden beziehungsweise unbesetzten Stellen werde der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um gute Nachwuchskräfte immer härter, betonte Herrmann. ■

Dienstpostenbewertung

Scharfe Kritik am Justizministerium

Auf einer Personalversammlung des Landesamtes für ambulante Straffälligenarbeit hat der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 9. April 2018 in Güstrow die Personalpolitik des Justizministeriums kritisiert.

„Die rückwirkenden Herabstufungen von Dienstposten sind willkürlich und scheinen die fachliche Eignung kaum mehr zu berücksichtigen“, so Knecht. Am 1. Februar habe das Justizministerium rückwirkend zum

1. Januar 2017 per Erlass Dienstposten zurückgestuft und den Betroffenen damit die Chance auf bereits in Aussicht gestellte Beförderungen genommen. In anderen Bundesländern kämen beispielsweise Bewährungshel-

fer in die Besoldungsgruppe A 12. „Mit dieser Perspektive sind auch Kollegen aus Niedersachsen ins Land gelockt worden, deren Frustration kann man nun mehr als nachempfinden“, betonte der dbb Landesvorsit-

zende. Eine ähnliche Situation bestehe bei den Justizwachmeistern an den Gerichten.

In anderen Ressorts gehe man bessere Wege. Finanzminister Mathias Brodtkorb sei es gelun-

gen, mittels zeit- und wirkungsgleicher Besoldungsanpassungen motivierende Arbeitsbedingungen zu

schaffen. „Das Justizministerium unterlässt jedoch jeden Versuch der Motivation der Mitarbeiter in den unteren

Einkommens- oder Besoldungsgruppen. Geht das so weiter, haben wir dort bald mehr Häuptlinge als Indianer“;

so Knecht. Zwischenzeitlich wurde für Mitte Mai ein Gespräch im Justizministerium zum Thema vereinbart.

Positiver Landeshaushalt und schrumpfende Schulden

dbb m-v bekräftigt Personalforderung

Laut aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes konnte das Land Mecklenburg-Vorpommern seine Schulden auch im Jahr 2017 weiter abbauen. Hinzu kommt das kürzlich verkündete Haushaltsplus in Höhe von etwa 327 Millionen Euro. Daher sieht sich der dbb mecklenburg-vorpommern in seiner Forderung nach dem Ende des pauschalen Personalabbaus in der Landesverwaltung bestätigt.

„Nicht verbrauchte Personalbudgets der vergangenen Jahre sind ein Indiz für Personalplanung am Ende der Fahnenstange, damit muss endlich Schluss sein“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht angesichts der neuesten statistischen Veröffentlichungen.

Seit über zehn Jahren sei das Land in der Lage, ohne Nettokreditaufnahme auszukommen, und tilge darüber hinaus kontinuierlich Schulden. Bis

auf eine Ausnahme sind seit dieser Zeit alle Jahreshaushalte positiv abgeschlossen worden. Das Plus betrage seit 2003 mehr als vier Milliarden Euro.

Knecht: „Damit hat jeder Landesbedienstete – egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet – seinen Anteil an der positiven Finanzlage des Landes geleistet.“ Ungeachtet dessen werde bis auf wenige Ausnahmen weiter per „Gießkanne“ Personal abgebaut, Aufgaben würden verdich-

tet und damit die Kolleginnen und Kollegen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht.

„Die Zeit ist mehr als reif für sinnvolle Personalinvestitionen anstatt – wie von den Koalitionären vorgesehen – nochmals 1 700 Stellen von 2020 bis 2030 einzusparen. Wie das selbst gesteckte Ziel der Landespolitik erreicht werden soll, mit einem kleiner werdenden Personalkörper weiterhin alle Landesauf-

> Hintergrundinformation

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der Landesverwaltung:

2012	33 307
2016	33 280
Prognose für 2020	32 563
geplant für 2030	30 856

gaben in hoher Qualität zu erledigen, bleibt schleierhaft“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende.

dbb m-v im Dialog

Gespräch mit CDU-Landeschef Kokert

Zu einem Arbeitsgespräch kamen am 23. April 2018 der CDU-Landes- und -Fraktionsvorsitzende Vincent Kokert und dbb Landeschef Dietmar Knecht im Schweriner Landtag zusammen.

Im Vordergrund standen geplante Änderungen im Landesbeamtengesetz sowie die Sicherung eines hohen Standards öffentlicher Dienstleistungen. „Ich sehe hier die größte Herausforderung der nächsten Zeit, nämlich das Bestandspersonal zu motivieren und gleichzeitig populär für Schulabgänger zu sein, damit diese sich

überhaupt für einen Job im öffentlichen Dienst interessieren“, betonte Knecht.

Anhand von Einstellungszahlen und Krankenständen gab der dbb Landesvorsitzende eine Bestandsaufnahme der Personalsituation aus allen Bereichen der Landesverwaltung ab. Außerdem verwies er auf die alarmie-



> CDU-Landes- und -Fraktionsvorsitzender Vincent Kokert (links) mit dbb Landeschef Dietmar Knecht vor dem Schweriner Schloss, dem Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern

rende Zunahme der Fallzahlen von Gewalt gegen Mitarbeiter der öffentlichen Hand.

Aufgrund der Aktualität ging Knecht besonders auf die Situa-

tion der Stellenbewertung, der Personalbemessung und mangelnden Beförderungsmöglichkeiten im Justizministerium ein: „Dass hier weder der dbb noch der Hauptpersonalrat involviert wurden, ist ein starkes Stück. Die Demotivation für die Beschäftigten könnte nicht größer sein.“ Hinzu komme der absolut einmalige Vorgang, dass Dienstpostenbewertungen mit negativen Auswirkungen 13 Monate rückwirkend in Kraft gesetzt würden, um damit Beschäftigten die Aussicht auf mögliche Beförderungen gänzlich zu nehmen.

Beide Gesprächspartner zeigten sich zufrieden mit dem Gedankenaustausch. Die CDU-Fraktion nehme die Sorgen und Bedenken der Beamten sehr ernst, so Kokert. „Der demografische Wandel ist eine

Herausforderung für den öffentlichen Dienst, dies hat mein Gespräch mit Ihnen weiter verdeutlicht“, so der CDU-

Chef gegenüber Knecht. „In- soweit sind wir weiterhin Ansprechpartner für Sie und Ihre Mitglieder und setzen uns

auch zukünftig für die Attraktivität des Beamtentums in Mecklenburg-Vorpommern ein.“ Kokert bedankte sich

zudem ausdrücklich für die während des Gesprächs erhaltenen Anregungen.

Interview

Karina Arndt, Vorsitzende des DGVB M-V

Am 19. April 2018 wurde Gerichtsvollzieherin Karina Arndt, die auch Vorsitzende des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes Mecklenburg-Vorpommern ist, einen Tag lang bei ihrer Arbeit von Justizministerin Katy Hoffmeister begleitet. Wir haben dies zum Anlass genommen, den Beruf des Gerichtsvollziehers etwas näher zu beleuchten.

regional magazin: Wie kam es dazu, dass die Ministerin sich für Ihren Arbeitsalltag interessierte?

Karina Arndt: Die Ministerin hat einen Aktionstag „Ein Tag mit ...“ ins Leben gerufen, um so die Möglichkeit zu bekommen, Einblick in die verschiedenen Bereiche der Justiz zu erhalten.

Als ich gefragt wurde, ob ich mir vorstellen könnte, die Ministerin einen Tag mit in meinen Arbeitsalltag zu nehmen, war das für mich keine Frage und ich habe sofort zugesagt!

regional magazin: Die Ministerin ist ja quasi Ihre oberste Vorgesetzte – hatten Sie den Eindruck, dass sie mit dem Alltag eines Gerichtsvollziehers vertraut ist, und konnten Sie ihr als Landesvorsitzende des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes M-V die Sorgen und Probleme Ihrer Kolleginnen und Kollegen näherbringen?

Karina Arndt: Absolut und ich denke, dass es mir gelungen ist, eine kleine Facette unseres Arbeitsalltages zu vermitteln. Die Praxiserfahrung eröffnet oft- mals eine ganz andere Sicht auf die angesprochenen Probleme der Kollegen. Ich denke, die wenigsten Menschen können sich

vorstellen, was unsere Arbeit alles mit sich bringt. Wie nah man den Menschen tagtäglich ist und was sich auch für Schicksale dahinter verbergen.

regional magazin: Wie viele Gerichtsvollzieher gibt es momentan in unserem Land und ist diese Zahl Ihrer Meinung nach ausreichend?

Karina Arndt: Derzeit sind 85 Gerichtsvollzieher verteilt auf ganz Mecklenburg-Vorpommern tätig.

Allerdings liegt auch unser Altersdurchschnitt bei über fünfzig Jahren. Wir bilden seit den letzten Jahren regelmäßig vier bis fünf Gerichtsvollzieher aus, um die altersbedingten Abgänge zu kompensieren.

regional magazin: Wie hat sich Ihre Arbeitssituation in den letzten Jahren entwickelt?

Karina Arndt: Ich würde nicht unbedingt sagen, dass die Arbeit der Gerichtsvollzieher mehr geworden ist. Ganz im Gegenteil, ich würde Sie tendenziell eher als etwas rückläufig bezeichnen. Viele Schuldner sind heute bemüht, ihre Schulden bereits im Vorfeld zum Beispiel durch Ratenzahlung zu erledigen. Auch spielt die derzeit gute Wirt-



> Karina Arndt, Vorsitzende des DGVB M-V

schaftslage eine Rolle. Die Menschen können dadurch einfach besser ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen. So gab es im Jahr 2016 noch 1 450 Zwangsräumungen und 31 700 Pfändungen, während es im vergangenen Jahr nur noch 1 300 Räumungen und 26 500 Pfändungsaufträge waren. Dafür hat der Anteil an Büroarbeit zugenommen.

Was sich in unserem Berufsbild außerdem verändert hat, ist, dass der Gerichtsvollzieher mittlerweile nicht nur gegen den Sozialhilfeempfänger vollstrecken muss, sondern dass es eben auch den Rechtsanwalt, Arzt oder Steuerberater betrifft. Das ist durchaus eine Klientel, wo die Vollstreckung sehr konfliktreich verläuft, denn im Gegensatz zum Sozialhilfeempfänger geht es hier zusätzlich um den Gesichtsverlust.

regional magazin: Wie wird man eigentlich Gerichtsvollzieher?

Karina Arndt: Gerichtsvollzieher wurden bis Anfang 2000 ausnahmslos aus dem mittle-

ren Justizdienst rekrutiert. Seitdem dieser in M-V nicht mehr ausgebildet wird, besteht ein großer Teil der Auszubildenden aus Justizfachangestellten oder Berufen, die dem Gerichtsvollzieherdienst ähnlich sind.

Neben einer anderthalbjährigen Ausbildung, bestehend aus Praxisabschnitten bei einem Gerichtsvollzieher und der theoretischen Ausbildung beim Amtsgericht Hannover, müssen die Quereinsteiger, wie zum Beispiel Rechtsanwaltsfachangestellte oder Bankkaufleute, noch einen zusätzlichen sechsmonatigen Einführungslehrgang innerhalb der Justiz voranstellen.

regional magazin: Welche Eigenschaften beziehungsweise Fähigkeiten muss man für Ihren Beruf mitbringen?

Karina Arndt: Der Gerichtsvollzieher ist ein „Einzelkämpfer“ und dessen muss man sich bewusst sein. Er muss selbstständig arbeiten und eigenverantwortlich in der Lage sein, die Situation einzuschätzen und entsprechende Entscheidungen

zu fällen. Man sollte auf keinen Fall ein ängstlicher Mensch sein, denn als Gerichtsvollzieher bin ich ständig alleine bei den Schuldnern und muss auch mal deren aggressives Verhalten aushalten können.

Es wird ein sehr verantwortungsvolles Handeln mit Respekt vor den Menschen erwartet, egal in welcher Situation diese sich gerade befinden.

Feingefühl entwickeln zu können, halte ich auch für sehr wichtig, denn nicht selten befinden sich Schuldner durch Zwangsmaßnahmen in ausweglosen Situationen, die eskalieren können.

regional magazin: Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, um den öffentlichen Dienst hier im Land attraktiver zu machen? Wie könnte man beispielsweise junge Leute dazu bewegen, Gerichtsvollzieher in M-V zu werden?

Karina Arndt: Wir müssen einfach die Ausbildung der Ge-

richtsvollzieher im Land überdenken. Sie hat sich, gemessen an den stetig steigenden Anforderungen und Reformen in unserem Berufsbild, einfach nicht mit weiterentwickelt.

Dem Gerichtsvollzieher sind in den letzten zwanzig Jahren immer mehr Aufgabengebiete übertragen worden. Er ist heute eines der fortschrittlichsten Organe der Rechtspflege innerhalb der Justiz. Wichtige Komponenten im Bereich der Rechtsgebiete, aber auch der technischen Schulung und des Sicherheitstrainings für den Gerichtsvollzieher, müssen fester Bestandteil in der Ausbildung werden.

Baden-Württemberg macht es uns bereits seit 2016 vor und hat eine Fachhochschulausbildung für den Gerichtsvollzieher eingeführt. Bereits auf den 1. Studiengang hatte das Land 380 Bewerber. Unser Bundesland hat einen tollen Standort mit der Fachhochschule in Güstrow, wo bereits die Rechtspfleger erfolgreich ausgebildet werden. Es gibt bereits Ausbil-

dungsmodelle für eine gemeinsame Ausbildung von Gerichtsvollziehern und Rechtspflegern. Ich würde mir wünschen, dass an diesem Thema gearbeitet wird, damit die Zukunft der Gerichtsvollzieher im Land nicht gefährdet wird!

regional magazin: Wie sicher ist Ihr Beruf in der heutigen Zeit und was muss getan werden, um ihn sicherer zu machen?

Karina Arndt: Sicherheit beim Gerichtsvollzieher ist gerade in den vergangenen Jahren ein großes Thema und wir sind sehr dankbar, dass erstmals nicht unerhebliche Mittel für die Sicherheit bei der Justiz in den Haushaltsplan des Landes investiert wurden.

Gerade in unserem Berufsbild haben wir zunehmend mit Respektlosigkeit, Aggression und gar körperlicher Gewalt bis hin zum Gebrauch der Schusswaffe gegenüber den Kollegen zu kämpfen. Jeder Gerichtsvollzieher im Land ist tagtäglich alleine ohne Schutzweste, ohne

Waffe, ohne Information über den Schuldner und ohne dass jemand weiß, wo er sich gerade aufhält, unterwegs. Aus diesem Grund erhalten die Kollegen noch im Laufe dieses Jahres alle eine Schutzweste, sofern es gewünscht ist. Weiterhin sollen alle Gerichtsvollzieher mit Notrufpagern und Pfefferspray ausgestattet werden.

Woran wir noch arbeiten müssen ist, dass jeder Kollege die Möglichkeit bekommt, regelmäßig ein Sicherheitstraining zu absolvieren. Weiterhin ist auch die Nachbereitung von besonders traumatischen Erlebnissen (zum Beispiel bei Suizid eines Schuldners) aus dem Berufsalltag ein ganz wichtiger Punkt, der bisher vernachlässigt wurde.

All diese Maßnahmen können unter Umständen den Ernstfall nicht verhindern, aber sie vermitteln den Gerichtsvollziehern doch ein gewisses Sicherheitsempfinden, was für die Gestaltung ihres Arbeitsalltages wichtig ist. ■

Wahlaufruf

Personal- und Betriebsräte wählen!

Bis zum 31. Mai 2018 finden in den Betrieben der Eisenbahnen und bei der Deutschen Post Betriebsratswahlen statt. Gleichzeitig wählen die Kolleginnen und Kollegen der Polizei unseres Landes ihre Personalvertretungen.

Hier bewerben sich aus den Reihen des dbb mecklenburg-vorpommern zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten der Mitgliedsgewerkschaften GDL, DPoIG und DPVKOM um Mandate. Dabei stellen sich sowohl erfahrene Interessenvertreter als auch engagierte „Neulinge“ dem Votum der Mitarbeiter. Sie alle eint, dass sie sich nicht mit den bestehenden Gegebenheiten in den Dienststellen und Betrieben abfinden, sondern diese im Sinne der Kolleginnen und Kollegen positiv beeinflussen wollen.

Entscheiden Sie mit Ihrer Stimme, wer in den nächsten vier Jahren auch Ihre Interessen gegenüber den Chefs vertritt. Entscheiden Sie sich für eine sachliche und sachverständige Personal- und Betriebsratsarbeit!

Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der GDL, der DPoIG und der DPVKOM!

Ohne die Mitgestaltung der Betriebs- und Personalräte ist eine erfolgreiche Durchsetzung

unserer Ziele nicht denkbar. In Zeiten stetig schlechterer Rahmenbedingungen und zunehmendem Personalabbau bei gleichzeitig wachsender Arbeitsverdichtung und wachsenden Anforderungen sind kompetente, engagierte und mit Verhandlungsgeschick ausgestattete Gremien notwendig.

dbb Betriebs- und Personalräte haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie diese Qualitäten besitzen. Sie können sich auch in Zukunft auf sie verlas-

sen. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben durch die Unterstützung ihrer Fachgewerkschaften und des dbb m-v als Dachverband eine besondere Sachkunde, auf die sie bei ihrer täglichen Arbeit für die Beschäftigten zurückgreifen können. Sie sind mit den Verhältnissen des jeweiligen Bereiches bestens vertraut.

Je mehr Mitarbeiter die Bewerberinnen und Bewerber der dbb Gewerkschaften ankreuzen, desto besser können die Arbeitsbedingungen gestaltet werden.

Es kommt auf jede Stimme an! Auch auf Ihre! ■

In Herausforderungen Chancen sehen. Wir machen Staat!



SBB
Beamtenbund
und Tarifunion
Sachsen

7. Gewerkschaftstag des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen ist am 12. und 13. April 2018 zu seinem 7. Gewerkschaftstag in Dresden zusammengekommen. Unter dem Motto: „In Herausforderungen Chancen sehen. Wir machen Staat!“ stimmten die rund 180 Delegierten, die die 37 Mitgliedsgewerkschaften und Verbände im SBB vertraten, über den gewerkschaftspolitischen Kurs der nächsten fünf Jahre ab und wählten die neue achtköpfige Landesleitung.



> Ein Teil der Delegierten stellt sich der Kamera.

Mit überwältigender Mehrheit wurde die bisherige Vorsitzende Nannette Seidler in ihrem Amt bestätigt. Der Gewerkschaftstag wählte sie mit 83 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen an die Spitze des Landesbundes. Seidler, die dem SBB seit November 2016 vorsteht, nimmt damit ihre zweite Amts-

periode auf. Sie gehört der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) an. Die 51-jährige Leipzigerin ist seit 1993 gewerkschaftlich organisiert und vertritt nun erneut die Interessen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der privatisierten Bereiche im Freistaat Sachsen.

Als stellvertretende Vorsitzende gehören dem Team der neuen Landesleitung weiterhin an:

- > Karen Siwonia – DSTG
- > Steffen Winkler – SLV
- > Norbert Bullmann – GdS
- > André Ficker – BTB
- > Michael Jung – SLV
- > Cathleen Martin – DPoIG
- > Klaus-Peter Schölzke – GDL

schen in Sachsen. Mit dem Motto ‚In Herausforderungen Chancen sehen. Wir machen Staat!‘ haben wir uns bewusst dafür entschieden, die anstehenden Herausforderungen als Chance für eine bessere Zukunft zu sehen.“ Wichtig sei dabei, diese Herausforderungen ehrlich und ungeschönt zu benennen.



> Öffentliche Veranstaltung

Der Herausforderung des straffen Zeitmanagements folgend, schloss der erste Tag mit der Öffentlichen Veranstaltung mit 250 Gästen, insbesondere aus der Politik.

> SBB übernimmt Verantwortung

Die SBB-Vorsitzende Nannette Seidler betonte in ihrer Ansprache: „Wir alle sind das Gesicht des Freistaates für die Men-

„Mit unserem Namen SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen und natürlich in unserem Tun übernehmen wir als gewerkschaftlicher Dachverband Verantwortung für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes in Sachsen. Wir stehen dafür, dass beide Statusgruppen gleichberechtigt teilhaben an der gesellschaftlichen, aber auch der wirtschaftlichen Entwicklung“, so Seidler weiter.

Kretschmer will Werte verteidigen

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Ulrich Silberbach, bezogen in ihren Ansprachen Stellung zum öffentlichen Dienst.

„Wir müssen den öffentlichen Dienst als einen Verbündeten für die Politik sehen. Nur gemeinsam sind wir erfolgreich“, so Ministerpräsident Kretschmer. „Ich bin dankbar, dass Ihre Anträge und Ihre Grundhaltung so positiv sind und Sie die anstehenden Herausforderungen als Chancen sehen. Wir leben in einer besonderen Zeit und müssen unsere Werte verteidigen. Ein Angriff auf Mitarbeiter im Staatsdienst ist ein Angriff auf die unsere Gesellschaft.“

Der dbb Chef Ulrich Silberbach forderte: „Wir müssen gemeinsam neue Wege gehen. Und die Förderalismusreform tut uns damit keinen Gefallen. Aber ich bin sicher, dass der dbb auf Bundesebene und der SBB für Sachsen auf einem guten Weg sind.“

Landtagsfraktionen entsenden Vertreter

Grußworte an die Teilnehmer des Gewerkschaftstages richteten Vertreter der Landtagsfraktionen: für die CDU der Fraktionsvorsitzende Frank Kupfer, für die Linke Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt, für die



> Unter dem Hashtag #WirmachenStaat konnten viele User Teil des Gewerkschaftstages sein.

SPD der Innenpolitische Sprecher Albrecht Pallas und für Bündnis 90/Die Grünen der Parlamentarische Geschäftsführer Valentin Lippmann.

„Wir müssen im öffentlichen Dienst eine Aufgabenkritik haben. Lieber jetzt als in fünf Jahren“, fordert Kupfer. „Auch der Verlust der Autorität muss als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.“

Rico Gebhardt betonte: „Wir brauchen eine andere Kultur der Zusammenarbeit zwischen Politik, Personal und Gewerkschaften. Unser Ziel muss sein: Ein funktionierender Staat mit zufriedenen Beschäftigten.“

Albrecht Pallas lobt das bisher Erreichte und fordert: „Im Polizeibereich, der Justiz und bei den Lehrern haben wir schon einiges erreicht. Aber was ist mit den anderen 40 Prozent der Verwaltung? Die haben das gleiche Maß an Wertschätzung und Problemlösung ver-

dient. Wir brauchen in allen Teilen der Verwaltung ausreichend qualifiziertes Personal.“

Valentin Lippmann macht die Lage in Sachsen deutlich: „Der öffentliche Dienst braucht Wertschätzung. Eine verfassungsgemäße Besoldung ist in keinem Falle eine gute Be-

sich die Delegierten mit fünf Themenschwerpunkten:

- > Beamtenrecht, Besoldung und Versorgung
- > Tarifpolitik
- > Ausbildung, Bildung und Sicherheit
- > Gesetzgebung, Soziales, Wirtschaft, Steuern und Verkehr
- > Organisationspolitik

Über 80 Anträge standen insgesamt auf der Tagesordnung zur Entscheidung. Bereits am ersten Tag wurden die Satzungsanträge beschlossen. Besonders hervorzuheben ist hierbei der Antrag, dass der SBB zukünftig als Verein firmiert. Dieser wurde vom Gewerkschaftstag angenommen. Nach Eintragung wird der SBB unter dem Namen SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen e.V. agieren.



> Die neue Landesleitung: Norbert Bullmann, André Ficker, Klaus-Peter Schölzke, Karen Siwonja, Steffen Winkler, Nannette Seidler, Michael Jung, Cathleen Martin (von links)

soldung. Dies ist nur das Minimum. Ein attraktiver Öffentlicher Dienst muss auch mal Vorreiter sein. Wir sollten lieber mal klotzen statt zu kleckern.“

Einig waren sich nach dieser Öffentlichen Veranstaltung alle, dass ein Staat ohne gutes Personal die Herausforderungen in der Zukunft nicht meistern können wird. Der anschließende Empfang bot den Gästen die Gelegenheit sich auszutauschen.

Der SBB wird ein Verein

In den Anträgen zum 7. Gewerkschaftstag befassten

Neues SBB Logo

Im Ergebnis des Gewerkschaftstages präsentiert sich der SBB auch mit einem neuen Logo. „Dieses zeigt stärker als bisher die Zugehörigkeit unseres Landesbundes zur dbb Familie“, so Nannette Seidler. „Zugleich wollen wir unsere sächsische Individualität deutlich machen und haben uns somit im Logo für unser Grün entschieden.“

Abschließend zeigte sich Seidler mit dem Verlauf des Gewerkschaftstages zufrieden: „Eine gelungene Veranstaltung. Wir danken allen Beteiligten und unseren Partnern und Sponsoren.“



> Die Öffentliche Veranstaltung mit Dr. Matthias Röbler, Landtagspräsident; Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender; Michael Kretschmer, Ministerpräsident Sachsens; Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB (von links)

Einkommensrunde 2018

Protest erfolgreich: Einigung im Tarifkonflikt



> Mahnwache
in Dresden.

Zahlreiche Warnstreiks und Protestaktionen haben letztlich am 18. April 2018 eine Einigung im Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen erzwungen.

So hatten sich auch in Dresden am 10. April 2018 zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor dem Rathaus zu einer Mahnwache versammelt. Flankiert wurde die Aktion von einem landesweiten ganztägigen Warnstreik.

Jens Weichelt, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, hatte die Arbeitgeberseite aufgefordert,

zur dritten Verhandlungsrunde in Potsdam endlich ein akzeptables Tarifangebot vorzulegen, das auch die Besonderheiten der neuen Bundesländer berücksichtigt: „28 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist den Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Mauer zwischen den Tarifgebieten Ost und West nicht mehr vermittelbar. Die Ost-West-Anglei-

chung der Jahressonderzahlung ist überfällig.“

Mit Blick auf den bis dahin ergebnislosen Verlauf der Tarifverhandlungen hatte Weichelt festgestellt: „Tagtäglich gibt es aus den unterschiedlichsten Orten Deutschlands Meldungen über fehlendes Personal und über Nachwuchsprobleme im öffentlichen Dienst. Und andererseits wissen wir, dass es un-

serem Land wirtschaftlich richtig gut geht und die Steuereinnahmen sprudeln. Nur am Potsdamer Verhandlungstisch scheint das keine Rolle zu spielen. Hier zeichnen die Arbeitgeber ein Bild von der Lage in Deutschland, als hätten wir gerade eine massive Rezession und als ob Nachwuchsprobleme eine Erfindung der Gewerkschaften sind. Deshalb verdienen die Arbeitgeber unseren heutigen Weckruf.“ ■

10

Sachsen



© SBB Jugend

> Nils Oeser (SBB Jugend) und Karen Siwonja (Kommission Beamtenrecht/Besoldung SBB).

Weiterentwicklung des Dienstrechts SBB entsendet Sachkundige zur Anhörung in den Landtag

Am 11. April 2018 hat im Sächsischen Landtag die Anhörung zu einem Gesetzesentwurf zur Weiterentwicklung des Dienstrechts stattgefunden.

Neben verschiedenen geplanten Verbesserungen im Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht sind die Regelungen zur Nachzahlung in Sachen „Ost-West-Besoldung“ ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes-

entwurfs. Für den SBB waren Karen Siwonja (Kommission Beamtenrecht und Besoldung) und Nils Oeser (SBB Jugend) als Sachkundige zur Anhörung geladen und standen den Abgeordneten Rede und Antwort. ■

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Auch im Bund: Aus BLBS und VLW wird BvLB

Die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen in Deutschland haben seit dem 11. April 2018 eine neue, gemeinsame fachverbandliche und gewerkschaftliche Vertretung: den Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB).

Nachdem sich in Sachsen auf Landesebene bereits 2005 die Landesverbände des VLW und des BLBS zum LVBS – Der Berufsschullehrerverband – zusammengeschlossen haben, erfolgte nun die Verschmelzung auch auf Bundesebene.

Nach einer längeren Periode erfolgreicher Zusammenarbeit sowie nach intensiven Verhandlungen über eine Fusion verschmelzen die beiden traditionsreichen Bundesverbände zum BvLB. Damit wird der Entwicklung Rechnung getragen, dass Fragen der beruflichen Bildung auf politischer Ebene

immer weniger aus der Perspektive ihrer verschiedenen Fachrichtungen (kaufmännisch-verwaltend, gewerblich-technisch, sozial-pflegerisch, hauswirtschaftlich oder agrarwirtschaftlich), sondern aus einer eher allgemeineren, grundsätzlicheren berufspädagogischen und berufsbildungspolitischen Perspektive angegangen und gelöst werden.

Der fusionierte Verband werde als starke Stimme noch wirkamer die Interessen der Lehrkräfte der Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen, hieß es beim BvLB.



> Die neuen Vorsitzenden Joachim Maiß und Eugen Straubinger (von links)

Als Vorsitzende wurden mit überwältigender Mehrheit gewählt:

> **Eugen Straubinger**, Schulleiter der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule in Balingen, bisheriger Vorsitzender des BLBS

> **Joachim Maiß**, Schulleiter der Multi Media Berufsbildenden Schulen in Hannover, Landesvorsitzender des VLWN Niedersachsen.

Beide erklärten nach der Wahl: „Das klare Votum der Delegierten für den neuen Verband

macht uns Mut für die gemeinsame Zukunft. Nun gilt es, die Bedeutung der beruflichen Bildung in der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und bei den politischen Entscheidungsträgern noch stärker ins Bewusstsein zu rufen.“ Neben den Vorsitzenden wurden auch sechs Stellvertreter mit eigenen Aufgabenbereichen gewählt.

Als Bundesverband der Landesverbände in den Bundesländern fungiert der BvLB als Interessenvertreter seiner Mitglieder und als Anwalt der beruflichen Bildung. BLBS und VLW hätten seit Jahren erfolgreich zusammengearbeitet. Daher sei es nur logisch und sinnvoll, jetzt den Schritt zu einem gemeinsamen Verband zu gehen. „Gemeinsam sind wir stärker in der Gestaltung der beruflichen Bildung“, so Eugen Straubinger. „Ich wünsche mir ein klares Bekenntnis aller Beteiligten zur beruflichen Bildung und insbesondere zur Bedeutung der beruflichen Schulen in der dualen Berufsausbildung und den beruflichen Teil- und Vollzeitschulen.“ Joachim Maiß erklärte dazu: „Trotz ihrer enormen Bedeutung im deutschen Bildungssystem werden die beruflichen Schulen von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Das muss geändert werden.“

Berufung

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen gratuliert folgenden Kolleginnen und Kollegen herzlich zur Berufung zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern.

Arbeitsgericht Bautzen:
> Steffen Rauer (GDL)

Arbeitsgericht Dresden:
> Jörg Federlein (GDL)

Sozialgericht Chemnitz:
> Iris Heinritz (GdS)
> Susann Ullmann (GdS)
> Anja Engelhardt (GdS)



© MEV

Landtag beschließt Artikelgesetz

Dienstrechtsänderungen tragen Handschrift des Beamtenbundes

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 19. April 2018 Änderungen im Dienstrecht beschlossen. „Das Gesetz trägt deutlich die Handschrift des Beamtenbundes“, sagte der Vorsitzende des dbb Landesbundes, Wolfgang Ladebeck.

Die besondere Altersgrenze für Polizei- und Justizvollzugsbeamte werde demnach einheitlich auf 62 Jahre angehoben. Wegen der besonderen Belastungen können sie auf Antrag, beginnend ab dem achten Jahr Schichtdienst, für jedes Dienstjahr einen Monat früher in den Ruhestand versetzt werden. „Die Kröte, dass sie erst ab dem achten Jahr Schichtdienst einen Monat früher in Pension gehen können, mussten wir schlucken“, so Ladebeck. Die Altersgrenze für Feuerwehrbeamte im Einsatzdienst wurde dagegen nicht angehoben, sie erreichen den Ruhestand weiter mit Vollendung des 60. Lebensjahres. „Und es bleibt bei

der Ausgleichszahlung in Höhe von 4 091 Euro wegen Erreichens der besonderen Altersgrenze. Alles Forderungen des Beamtenbundes, die zwar nicht die Landesregierung, wohl aber die Koalitionsfraktionen in den Beratungen berücksichtigt haben.“

„Lebensarbeitszeitkonten erforderlich“

Die Anhebung der Regelaltersgrenze für Beamtinnen und Beamte beginnt entgegen des Gesetzentwurfs der Landesregierung nicht bereits mit dem Geburtsjahrgang 1953, sondern erst mit dem Jahrgang 1954; Die besondere Altersgrenze

nicht mit dem Jahrgang 1958, sondern erst mit dem Jahrgang 1959.

„Bei der Anhebung der Regelaltersgrenze hätten wir uns mehr Mut zur Flexibilisierung gewünscht“, so der Chef des dbb sachsen-anhalt. „Arbeiten oberhalb der Altersgrenze muss nicht nur rechtlich möglich sein, sondern auch genehmigt werden. Für ein Arbeiten unterhalb der Altersgrenze sollte endlich über Lebensarbeitszeitkonten auch für Beamte geredet werden. Überstundenberge besonders bei der Polizei und in der Verwaltung sowie ungeklärte Ausgleichs- und Verfallregelungen

machen Lebensarbeitszeitkonten dringend erforderlich.“ Mit dem Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften wird die im Koalitionsvertrag für die Jahre 2016 bis 2021 enthaltene Vereinbarung umgesetzt, die Lebensarbeitszeit der Beamten grundsätzlich auf 67 Jahre anzuheben. Außerdem werden die bislang in unterschiedlichen Regelwerken enthaltenen beamtenversorgungsrechtlichen Bestimmungen zu einem Landesbeamtenversorgungsgesetz zusammengefasst und inhaltlich aktualisiert. Änderungen wurden zum Beispiel auch im Disziplinargesetz, im Besoldungsrecht und in diversen Verordnungen vorgenommen. ■

Einkommensrunde 2018

Einigung im Tarifkonflikt: Druck der Beschäftigten bringt Erfolg

Die Tarifvertragsparteien haben am 18. April 2018 eine Einigung in der Tarifaufeinandersetzung für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen erzielt. Der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, zeigte sich grundsätzlich zufrieden mit dem Ergebnis.

„Es ist ein guter Abschluss für das Bestandspersonal und ein noch besserer für den so dringend benötigten Nachwuchs im öffentlichen Dienst. Mit der

grundlegenden Änderung der Tabellenstruktur haben Gewerkschaften und Arbeitgeber in die Zukunft investiert, um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft



© Egbert Schmidt (2)



> Die Teilnehmer der Protestaktion in Halle (Saale) fordern eine konkurrenzfähige Bezahlung.

um qualifizierte Fachkräfte mit-halten zu können“, sagte der dbb Landesvorsitzende.

Als „wichtiges Signal der Wert-schätzung“ begrüßte Ladebeck auch die Ankündigung von Bun-desinnenminister Horst Seehofer, die Besoldung und Versor-gung der Beamten des Bundes entsprechend dem Volumen der Tarifeinigung anzupassen.

Scharf kritisierte Ladebeck je-doch, dass die sofortige Anglei-chung der Jahressonderzah-lung Ost an West auch 2018 von den Arbeitgebern abge-lehnt wurde. Dies sei „ein Ar-mutszeugnis und zementiere

die Ungerechtigkeit für weitere vier Jahre“.

Vor der Einigung im Tarifkonflikt hatten bundesweit Beschäftig-te den Druck auf die Arbeit-geber mit Warnstreiks und Protestaktionen erhöht. So for-derten etwa in Halle (Saale) bei einer Kundgebung vor der Ge-schäftsstelle des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) Sachsen-Anhalt Demonstranten ein konkretes Angebot.

■ Druck der Beschäftigten ermöglichte Ergebnis

„Unsere Forderung ist seit Feb-ruar bekannt. Trotzdem haben

die Arbeitgeber in zwei Ver-handlungsrunden nur um den heißen Brei geredet“, hatte La-debeck dort gesagt. „Die Kolle-ginnen und Kollegen lassen sich nicht länger hinhalten. Sie leisten jeden Tag hervorragen-de Arbeit für die Gesellschaft. In Zeiten steigender Steuerein-nahmen darf den Beschäftig-ten die verdiente Anerkennung nicht vorenthalten werden.“

Ladebecks Stellvertreter und Chef der Landestarifkommis-sion, Torsten Grabow, hatte die Dringlichkeit der Forderung betont: „Schon heute bleiben viele Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt, weil die Pri-

vatwirtschaft bessere Arbeits-bedingungen bietet. Deshalb muss jetzt in konkurrenzfähige Bezahlung investiert werden: Sowohl für berufserfahrene Fachkräfte über die lineare Einkommenserhöhung als auch für den Nachwuchs über die Erhöhung der Ausbildungs-entgelte.“ Gerade für junge Be-schäftigte sei aber nicht alleine das Einkommen entscheidend. „Wer in die erste eigene Woh-nung ziehen und eine Familie gründen will, der braucht die Sicherheit einer verbindlichen Zusage zur Übernahme nach der Ausbildung.“ ■

> Hintergrund

Vom Tarifvertrag für den öf-fentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt etwa 2,6 Millio-nen Beschäftigte betroffen: 2,3 Millionen Arbeitnehmer des Bundes und der Kom-munen, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie 344 000 Bundesbe-amte und Anwärter, auf die der Tarifabschluss über-tragen werden soll. Die wir-kungsgleiche Übertragung betrifft hier nur die Bundes-beamten, da die Kommu-nalbeamten nach den je-weiligen Landesgesetzen besoldet werden.

Besoldung

Erschwerniszulage für Notfallsanitätäertätigkeiten

Die Landesregierung plant eine Zulage für die Tätigkeiten als Notfall-sanitäter im feuerwehrtechnischen Dienst. Die Erschwerniszulagen-verordnung soll entsprechend geändert werden.

Damit sollen die Erschwernisse der Berufsfeuerwehr im ret-tungsdienstlichen Einsatz ab-gegolten werden. Beamtinnen und Beamte des feuerwehr-

technischen Dienstes würden so künftig für die Tätigkeiten als Notfallsanitäter im Rettungs-dienst eine Zulage in Höhe von 2,50 Euro je Stunde erhalten.

Die Notfallrettung ist Bestand-teil der öffentlichen Daseins-vorsorge und sichert Leben und Gesundheit der Menschen. Die Kommunen bedienen sich

bei der Notfallrettung ihrer hauptamtlichen Feuerwehren. Notfallrettung, Brandschutz, technische Hilfsleistung und Katastrophenschutz werden hier idealerweise vernetzt.

Das Notarztsanitätsgesetz, das ein Berufszugangsgesetz ist, be-inhaltet eine strukturell neu auf-gestellte Ausbildung und schafft damit einen neuen nicht ärztli-chen Rettungsdienstberuf. Es unterscheidet sich in wesentli-chen Punkten vom Rettungsas-sistentengesetz und enthält Re-gelungen zur Durchführung von

heilkundlichen und invasiven Maßnahmen.

Damit steigen die notwendigen Kompetenzen und die Verantwortung im nicht ärztlichen Bereich erheblich. Mit

der Notfallsanitäterzulage soll ein angemessener Ausgleich dieser Erschwernis vorgenommen werden.

Der dbb sachsen-anhalt hat die Einführung der Zulage aus-

drücklich begrüßt. Die Höhe sei aber mit 2,50 Euro je Stunde nicht angemessen. Der dbb Landesbund hatte 3,10 Euro pro Stunde, mindestens aber 2,76 Euro pro Stunde vorgeschlagen.

Neben der Erschwerniszulage für Notfallsanitätätigkeiten soll zudem der Umgang von Polizeivollzugsbeamten mit chemischen, radioaktiven oder biologischen Stoffen mit einer Zulage abgegolten werden. ■

Bundespolizei

Prävention gegen Taschendiebstahl

Zwei Passanten stehen auf dem Bahnhof vor dem Zugabfahrtsplan und erkundigen sich, wann und von welchem Bahnsteig ihr Zug abfährt. In genau diesem Moment kommt ein Dritter vorbei und zieht einem Reisenden aus der Seitentasche des Rucksacks das Portemonnaie.

Diese Szene beobachteten am 20. März 2018 einige Passanten vor dem Hauptbahnhof in Magdeburg. Der „Taschendieb“ Pierre Poppe ist allerdings in Wirklichkeit ein Bundespolizist. Genauso wie das „Opfer“ Katrin Beiersdorfer, Vorsitzende des Ortsverbandes Magdeburg der Bundespolizeigewerkschaft. Beide gehören einem Taschendiebstahlpräventionsteam der Bundespolizei an.

Auf Bahnhöfen oder in Zügen sind Diebe sehr aktiv. Mit immer raffinierteren Methoden gehen die Täter auf Beutefang. Vor allem in der Ferienzeit haben Langfinger Hochkonjunktur. Die Bundespolizei warnte deshalb mit Präventionsaktionen wie in Magdeburg vor Taschendieben. Durch das Präventionsteam wurden die häufigsten Tricks der Diebe in kurzen Spielszenen nachgestellt und Tipps zum Schutz vor Taschendieben gegeben.

Die Diebe, erklärten die Bundespolizisten, treten häufig in Gruppen auf: Während ein Komplize das Opfer ablenkt,

zieht ein zweiter das Portemonnaie aus der Tasche. Dichtes Gedränge und Hektik auf Bahnhöfen, in Zügen und Flughäfen bieten dafür viele Gelegenheiten: Schnell noch einen Snack für unterwegs kaufen, nach der Zugabfahrt oder dem Abflug schauen, das Gepäck wird nur kurz unbeaufsichtigt stehen gelassen. „Hier finden Taschendiebe ideale Bedingungen, um mit einem raschen Griff in die Taschen der Opfer an Geld oder Wertsachen zu gelangen“, sagte Beiersdorfer. Gerade im dichten Gedränge lasse sich Körperkontakt nicht vermeiden.

Auch Hilfsbereitschaft werde oft ausgenutzt: Eine Reisende lässt Kleingeld fallen, ein anderer Reisender kommt ihr zur Hilfe. Dabei lässt er seine Koffer unbeaufsichtigt stehen und schon schiebt ein Komplize seinen Koffer davon. Taschendiebe beobachteten ihre Opfer genau und suchten körperliche Nähe: Sie rempeln ihre Opfer an, beschmutzen „versehentlich“ deren Kleidung, verwickeln sie mit fadenscheinigen Fragen in ein



> Nachgestellte Spielszene eines möglichen Taschendiebstahls vor dem Bahnhof in Magdeburg durch das Taschendiebstahlpräventionsteam der Bundespolizei.

Gespräch, zeigen sich übertrieben hilfsbereit oder dankbar.

In Großstädten zähle Taschendiebstahl zu den häufigsten Delikten neben Autoaufbrüchen, Fahrraddiebstählen und Sachbeschädigungen. Und das, obwohl die Polizeiliche Kriminalstatistik nur den Diebstahl aus Bekleidungs- oder Handtaschen, die am Körper getragen werden, zum Taschendiebstahl rechnet.

„Insbesondere das Gedränge bei Veranstaltungen, in Geschäften oder öffentlichen Verkehrsmitteln machen sich Diebe zunutze, um zuzuschlagen“, so Beiersdorfer. Der allzu sorglose Umgang mit Geldbörsen, Brieftaschen und Handtaschen schaffe eine günstige Gelegenheit für die Täter.

Die Tatzeiten würden sich dabei den Tatgelegenheiten anpassen: Die zeitlichen Schwerpunkte im Bereich der öffentlichen Nahverkehrsmittel lägen

überwiegend im Feierabendverkehr, bei den Fernverkehrsmitteln zur Urlaubs- oder Hauptreisezeit. Entsprechende Brennpunktzeiten gibt es in stark frequentierten Einkaufszentren während des Sommer- oder Winterschlussverkaufs und in der Vorweihnachtszeit auf Weihnachtsmärkten.

Alleine im Jahr 2015 sei ein Schaden von 50,8 Millionen Euro entstanden. Die meisten Fälle blieben ungeklärt, da die Opfer die Tat häufig nicht gleich bemerkten. Taschendiebe seien oft professionelle, international agierende Täter, die grenzüberschreitend in ganz Europa aktiv sind. Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2015 9 142 Tatverdächtige registriert, davon waren 66,7 Prozent 21 Jahre und älter. Auch etliche Kinder befinden sich darunter, die beim Taschendiebstahl ertappt werden. So waren 16,6 Prozent der Tatverdächtigen unter 18 Jahre alt. ■

Gewerkschaft der Sozialversicherung Sachsen-Anhalt

Mitgliederkonferenz in Halberstadt

Bereits zum 23. Mal hatte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), Maik Wagner, am 16. und 17. März 2018 zur Mitgliederkonferenz seines Landesverbandes in das ehemalige AOK-Bildungszentrum in Halberstadt geladen.

Etwa 140 Kolleginnen und Kollegen konnte Wagner, der auch Bundesvorsitzender der GdS ist, begrüßen. Als Gastreferent nahm Professor Dr. Ralf Kreikebohm, Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Braunschweig-Hannover, an der Veranstaltung teil.

Wagner würdigte die Erfolge der GdS und des dbb bei den Sozialwahlen 2017: Bei der AOK Sachsen-Anhalt erreichten die

GdS und der dbb sachsen-anhalt jeweils zwei Sitze im Verwaltungsrat. Bei der DRV Mitteldeutschland ist die GdS im Vorstand und in der Vertreterversammlung mit je einem Sitz vertreten. Zudem hat die GdS die Jugend- und Auszubildendenwahlen (JAV) bei der DRV Mitteldeutschland gewonnen.

Gastreferent Kreikebohm berichtete über die aktuellen und vielfältigen Probleme der ge-

setzlichen Rentenversicherung: „Die gesetzliche Rente steckt seit vielen Jahren in der Krise, und zu lange hat die Politik die Augen vor absehbaren Problemen verschlossen.“ Zu wenig Beitragszahler müssen immer mehr Renten finanzieren. Das bedeute immer weniger Einnahmen bei ständig steigenden Ausgaben.

Thiemo Knade, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der DRV

Mitteldeutschland, sprach über die immer schwerer werdende Nachwuchsgewinnung. Hier sei der Arbeitgeber gefordert: „Die beste Möglichkeit, dem Fachkräftemangel zu begegnen, ist, die im eigenen Unternehmen erfolgreich ausgebildeten jungen Menschen entsprechend dem Bedarf zu übernehmen und ihnen den Start ins Berufsleben zu ermöglichen.“ Damit seien diese nicht gezwungen, in andere Bundesländer abzuwandern.



> Maik Wagner würdigte vor den Teilnehmern die Erfolge der GdS bei den letzten Sozialwahlen.

Informationen zum AOK-Tarifabschluss

Henrike Kaesler, Leiterin der GdS-Geschäftsstelle Ost, informierte die Teilnehmer über die Einzelheiten des Tarifabschlusses vom 22. Februar 2018 mit der Tarifgemeinschaft der AOK. Demnach ist rückwirkend zum 1. Januar 2018 eine lineare Erhöhung der Vergütung um drei Prozent vereinbart worden. Zum 1. März 2019 wird die Vergütung um weitere 2,6 Prozent erhöht. Die Tarifverträge haben eine Laufzeit von 24 Monaten.

Berufungen

Ehrenamtliche Richter

Das Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt hat folgende Kolleginnen und Kollegen zum 1. Mai 2018 zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern berufen.

Arbeitsgericht Dessau-Roßlau: Ines Haberer (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft), Elke Höppner und Petra Lewin (beide Gewerkschaft der Sozialversicherung), Dirk Nohl und Andrea Penne (beide Verband

Bildung und Erziehung) und Knut Riebesam (Deutsche Justiz-Gewerkschaft).

Arbeitsgericht Stendal: Michael Apel (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft).

Arbeitsgericht Magdeburg: Michael Beltz, Annette Bußmann (beide Gewerkschaft der Sozialversicherung), Christina Mai, Manuela Reinhardt (beide Deutsche Verwaltungsgewerkschaft),

Ines Becker und Heiko Wichert (beide BTB), Heike Becker (Verband Bildung und Erziehung), Peter Düsteroft und Frank Wille (beide Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer).

Arbeitsgericht Halle: Viola Janssen, Heike Karpe, Anja Kumke und Steffen Roß (alle Gewerkschaft der Sozialversicherung), Sven Körber und Dirk Wölflück (beide Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer).

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Landesgewerkschaftstag

Die Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba SAT) hat am 23. und 24. März 2018 in Eyba ihren Landesgewerkschaftstag durchgeführt.



Auf dem Arbeitsprogramm stand dabei zunächst Organisatorisches. So wurde Franziska Zank zur neuen Zweiten Kassenprüferin berufen. Der Haushaltsabschluss 2017 wurde positiv bewertet, der Vorstand einstimmig entlastet. Den Haushaltsplan 2018 verabschiedeten die Delegierten nach Erläuterungen durch den Schatzmeister Lothar Jahn und den Landesvorsitzenden Steffen Grabe ebenfalls einstimmig.

■ Im Fokus: Einkommensrunde 2018

Hauptthema der folgenden Diskussion war die während des Landesgewerkschaftstages laufende Tarifrunde. Damit legten die Delegierten den Grundstein für die im Vergleich zu vorherigen Tarifkonflikten deutlich umfangreichere Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen der Landesgruppe an Arbeitskämpfmaßnahmen: So war die vbba SAT im Nachgang des Landesgewerkschaftstages am 28. März in Fulda, am 4. April in Halle/Saale sowie am 10. April in Erfurt vertreten. Zusammen mit dem tbb beamtenbund und tarifunion thüringen begrüßte zudem eine starke Delegation der vbba SAT die Verhandlungs-

führer am 15. April in Potsdam vor Beginn der dritten und letzten Verhandlungsrunde.

Als Experten zum Thema konnte der vbba SAT Mareike Klostermann und Harald Kirchner begrüßen. Klostermann ist Mitglied der dbb Bundestarifkommission, der Landesleitung des tbb und stellvertretende Bundesvorsitzende der kombi. Kirchner ist stellvertretender Bundesvorsitzender der vbba und Mitglied der Verhandlungskommission für die Bundeagentur für Arbeit (BA).

■ Berichte von ... den Fach- und Ländergremien

Gabriele Sauer und Steffen Grabe als ständige Mitglieder der Landeshauptvorstände des dbb sachsen-anhalt sowie des tbb berichteten aus den Sitzungen ihrer Gremien und generell über die funktionierenden Netzwerke und ausgezeichnete Zusammenarbeit. So könne beispielsweise jederzeit auf die benannten dbb Landesverbände zurückgegriffen werden, wenn Fragen der kommunalen Kolleginnen und Kollegen im Bereich des TVöD VKA (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, Bereich Kommunen) auftreten.

Die stellvertretende Vorsitzende des vbba SAT übernahm gleich zwei Tagesordnungspunkte: So berichtete sie vom kürzlich in Magdeburg stattgefundenen „Netzwerkstreffen SGB II“. Zum anderen nahm Graf als Vorstandsmitglied am Arbeitskreis „Rechtsschutz“ teil. Die entsprechenden Arbeitshilfen und Prozessbeschreibungen erläuterte sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Landesgewerkschaftstages.

Zum Abschluss des ersten Tages informierte Kathlen Brauckhof (BBBbank) über die gesetzlichen Absicherungen der Arbeitnehmer und Beamten im Alter.

■ ... den Personalrats- und JAV-Wahlen

Der zweite Tag begann mit Berichten der stellvertretenden Landesvorsitzenden Gabriele Sauer und Landesleitungsmitglied Kristin Arnold über die behandelten Themen in den Mitbestimmungsgremien, insbesondere im Hauptpersonalrat.

Beim Tagesordnungspunkt „Jugend“ wurden neben den allgemeinen Berichten über Aktivitäten auch die abgeschlossenen Wahlen zu den Jugend- und

Auszubildendenvertretungen (JAV) aufgearbeitet: Neben den erfolgreichen Ergebnissen auf Bundesebene mit einem zusätzlichen Platz sowie dem erstmaligen Stellen der örtlichen JAV in Halle (Saale) musste auch zur Kenntnis genommen werden, dass die JAV-Mehrheit auf Bezirksebene (BJAV) entgegen der letzten beiden Jahre mit einer Stimme Vorsprung überraschend an die gewerkschaftlichen Mitbewerber ging. In der Zukunft soll sich die Jugendarbeit aber nicht grundlegend ändern: Es soll weiterhin während der gesamten Legislatur Präsenz gezeigt werden, nicht nur vor Wahlen.

■ ... der Frauenvertretung

Stephanie Schmöche, sehr aktive Frauenvertreterin im Landesvorstand, berichtete von der Aktion anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. Sie wird außerdem als eine von drei Delegierten der vbba zur Frauenpolitischen Fachtagung des dbb entsendet.

■ Weitere Beschlüsse

Die Delegierten des Landesgewerkschaftstages beschlossen schließlich noch über einen Antrag an den vbba Bundesgewerkschaftstag zur Satzungsänderung. Details dazu werden im Juni bekannt gegeben.

Außerdem wurden die Themen „Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten“ und „Ungleiche Bezahlung in den Jobcentern“ aufgegriffen, aber noch nicht abschließend geklärt. Bei der Wochenarbeitszeit erfolgt eine enge Kommunikation mit dem Dachverband dbb. Es bleibe abzuwarten, was die nächsten Gesprächsrunden mit den neuen Bundesinnenminister Horst Seehofer bringen.

Zuletzt wurde schon der Landesgewerkschaftstag 2019 „vorbesprochen“, Hauptthema werden dann die anstehenden Personalratswahlen sein. ■

Frühjahrssitzung

DSTG-Bundesfrauenvertretung tagt in Thüringen

Vom 19. bis 21. April 2018 trafen sich die Frauenvertreterinnen aus allen Landes- und Bezirksverbänden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) zu ihrer Frühjahrssitzung in Erfurt, die auch von hochrangigen Gästen besucht wurde.

Im Gespräch mit der Hausherin des Finanzministeriums, Ministerin Heike Taubert, wurde die anstehende Verwaltungs- und Strukturreform kontrovers diskutiert. Taubert informierte in knappen Sätzen über die Lage zur Zweistufigkeit in der Thüringer Steuerverwaltung. Außerdem sprach sie die Personalentwicklung in den kommenden Jahren in Verbindung

mit der Digitalisierung in der Steuerverwaltung bis hin zur E-Akte an. Auch Themen wie Telearbeit und die bevorstehende Änderung der Arbeitszeitregelungen im Geschäftsbereich des Thüringer Finanzministeriums wurden diskutiert.

Zum Thema: „Frauen in Führungspositionen – Warum bewerben sich zu wenig Frauen?“



> Der Präsident der Thüringer Landesfinanzdirektion, Hans-Karl Rippel, mit der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzenden Andrea Sauer-Schnieber (links), der Vorsitzenden der DSTG-Frauenvertretung, Milanie Hengst (rechts), und der Vorsitzenden der DSTG Thüringen, Regina Biertümpfel.

stellte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Hele- ne Wildfeuer, Lösungsansätze für eine geschlechtergerechte Beurteilungs- und Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst dar.

Der Bundesvorsitzende der DSTG, Thomas Eigenthaler, schilderte die Konsequenzen aus dem aktuellen Urteil zur Grundsteuer, kritisierte dabei vor allem die nicht leistbare Mehrarbeit für die Finanzämter. Zudem wies er auf den Tarifabschluss für Bund und Kommunen und mög-

liche Folgen für die Tarifverhandlungen der Länder hin.

Virginia Maletz berichtete eindrucksvoll aus ihrer täglichen Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte der Thüringer Landesfinanzdirektion. Insbesondere zeigte sie den schwierigen Weg auf, das Thüringer Gleichstellungsgesetz in der Verwaltung zu verankern. Die DSTG-Bundesfrauenvertreterinnen sicherten ihr dafür jede Unterstützung zu.

Der Präsident der Thüringer Landesfinanzdirektion, Hans-Karl Rippel, hielt einen Vortrag zur Nachwuchsgewinnung und zum Image des Berufsstandes. Er wies vor allem auf die hohe Frauenquote von knapp 80 Prozent in den Thüringer Finanzämtern hin. In seinem Vortrag machte er zudem deutlich, dass zukünftig nur eine gezielte Werbung erfolgreich sein wird. Haushaltsmittel dafür seien eingestellt.



Regierungsmedienkonferenz

Justizminister Lauinger stellt Justizvollzugskonzept vor

Am 10. April 2018 hat Justizminister Dieter Lauinger in einer Regierungsmedienkonferenz in der Staatskanzlei das „Konzept des Justizvollzuges des Freistaates Thüringen“ vorgestellt.

Zuvor hatte bereits am 7. Dezember 2017 der Landesvorstand des Bundesverbandes

der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) seine Vorstellungen zur Fortschreibung des Konzepts

im Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) bei einem

Gespräch beim zuständigen Abteilungsleiter „Justizvollzug“, Thomas Schneider, vorgetragen.

„Nach einem ersten Einblick in das Konzept können wir feststellen, dass viele unserer zentralen Anregungen und Forderungen berücksichtigt wurden“, so der BSBD-Landesvorsitzende Jörg Bursian. „Andere aber leider nicht oder nach unserer Auffassung nicht in ausreichendem Umfang.“

■ Problematische Personalsituation eingeräumt

So hätte Lauinger erstmals im Hinblick auf die Personalausstattung eingeräumt, dass ein Vergleich mithilfe des bundesweit erhobenen „Betreuungsschlüssels“ (Anzahl der Inhaftierten im Verhältnis zu den im Justizvollzug Beschäftigten) aufgrund unterschiedlicher Strukturen nicht möglich sei. Auch ein Vergleich zwischen den Ländern oder einzelnen Anstalten sei wegen unterschiedlicher Erhebungsmethoden unzumutbar. „Ein solcher Vergleich ist aus BSBD-Sicht aber ohnehin schon wegen unterschiedlicher gesetzlicher Grundlagen nicht sachgerecht“, so Bursian.

Erstmals habe daher das TMM-JV in diesem Zusammenhang auch auf die Behauptung verzichtet, dass Thüringen über ausreichend Personal im Justizvollzug verfüge und zumindest teilweise eine problematische Personalsituation eingeräumt.

Obwohl das Vollzugskonzept keine ausführlichen Aussagen zum Personal enthalte, seien einige Grundsätze, für deren Umsetzung der BSBD stets eingetreten war, festgeschrieben worden: So werde im Konzept festgehalten, dass „der Vollzug ein Bereich der öffentlichen Verwaltung mit weitreichenden Hoheitsbefugnissen ist. Daher wird der Thüringer Jus-

tizvollzug an der Einheitslaufbahn festhalten. Der Einsatz von Angestellten erfolgt nur in Einzelfällen und stellt allenfalls eine vorübergehende Lösung zur Überbrückung von Engpässen dar.“

Auch die BSBD-Forderung, eine Personalbemessung anhand der konkreten Aufgaben vorzunehmen, sei aufgenommen worden. Im Konzept werde dazu ausgeführt: „Um den konkreten Bedarf an Personal benennen zu können, führt der Thüringer Justizvollzug derzeit eine Personalbemessung durch.“

Der Minister habe in diesem Zusammenhang erneut dargestellt, dass es zur Jahreshälfte, spätestens nach der Sommerpause, ein Personalentwicklungskonzept für den Justizvollzug geben soll. „Abteilungsleiter Schneider hatte uns bereits mitgeteilt, dass wir unsere Auffassungen und Vorstellungen dazu einbringen können. Leider mussten wir aber im Hinblick auf das Konzept auch feststellen, dass trotz unserer ausdrücklichen Hinweise wieder mit Haftplatzkapazitäten gerechnet wurde, in denen Haftplätze mit gemeinschaftlicher Unterbringung einbezogen wurden und auch die erforderliche Differenzierung nach Haftarten sowie offenem und geschlossenem Vollzug aus unserer Sicht nur unzureichend berücksichtigt wird und Thüringen zumindest im Fall



> Thüringens Justizminister Dieter Lauinger (links)

steigender Gefangenenzahlen vor erhebliche Probleme gestellt sein wird“, bemängelte Bursian.

Mit dem 2014 in Kraft getretenen Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch sei die Einzelunterbringung der Gefangenen gesetzlich festgelegt, Übergangsregelungen würden 2014 auslaufen. Dann sei es nur noch bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen im Einzelfall möglich, zwei Gefangene in einem Raum unterzubringen. Bursian: „Insofern ist es aus unserer Sicht verfehlt, bestehende Haftplätze mit gemeinschaftlicher Unterbringung in Kapazitätsbetrachtungen in diesem Umfang einzubeziehen.

Bei vielen anderen Aspekten seien Probleme zwar benannt worden, verbindliche Aussagen fehlten aber häufig. Beispielsweise fehle eine Festlegung, wie die gesetzlich geregelte schulische und berufliche Bildung der Gefangenen bei Wegfall der Förderung durch den europäischen Sozialfond finanziert werden soll. „Die Feststellung, dass der Vollzug sich dann um eine ande-

re Finanzierung bemühen muss, ist eine Binsenwahrheit. Wir hätten uns zudem gewünscht, dass genauere Aussagen zur Gestaltung der Inbetriebnahme der Justizvollzugsanstalt (JVA) Zwickau (gemeinsames Projekt mit dem Freistaat Sachsen) getroffen werden. Beispielsweise, wer die dann zu schließende JVA Hohenleuben zur Übergabe in das Landesvermögen vorbereitet, wie die dortigen Bediensteten geschult und auf ihren Dienst im Freistaat Sachsen vorbereitet werden und so weiter. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zumindest zum letztgenannten Aspekt Aussagen im Personal-konzept getroffen werden“, so der BSBD-Landesvorsitzende.

Anerkennen müsse man aber bei aller Kritik schon jetzt, dass gegenüber dem Konzept von 2012 eine größere Nähe zur Realität bestehe. Sicher auch, weil eine höhere Aktualität erreicht wurde. „Wir werden uns in der nächsten Zeit tiefgründig mit dem Konzept beschäftigen“, kündigte Bursian an.

Parlamentarischer Abend des tbb

Liebermann: „Es fehlen Köpfe im öffentlichen Dienst“

Zum Parlamentarischen Abend des tbb am 25. April 2018 konnte der Vorsitzende Helmut Liebermann etwa 150 Gäste aus der Politik und dem öffentlichen Dienst begrüßen.

Von der Landesregierung nahmen Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke), Innen-

minister Georg Maier (SPD), Finanzministerin Heike Taubert (CDU), Bildungsminister Hel-

mut Holter (Die Linke), Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Birgit Keller (Die



> Helmut Liebermann

Linke) und Familienministerin Heike Werner (Die Linke) teil.

Aus dem Landtag waren Präsident Christian Carius (CDU)

sowie die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfractionen, Susanne Hennig-Wellsow (Die Linke), Matthias Hey (SPD) und Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und zahlreiche Abgeordnete gekommen.

Aus der dbb Familie nahmen der Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach und sein Stellvertreter Claus Weselsky teil, außerdem waren der tbb Ehrenvorsitzende Andreas Witschel sowie Ehrenmitglieder und Mitglieder des tbb Landeshauptvorstandes erschienen.



> Bodow Ramelow

Die Reden des Abends waren geprägt von den aktuellen Problemen im öffentlichen Dienst. So stellte Liebermann in seiner Eröffnungsrede das Bekenntnis des tbb zur parlamentarischen Demokratie an den Anfang. „Unsere Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sind ein Garant für das Funktionieren dieser Staatsform. Sie setzen die Entscheidungen der Parlamentarier um.“

Unter diesem Gesichtspunkt warnte Liebermann vor den Auswirkungen der grundlegenden Veränderung, die sich in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst vollzogen haben: „Bis vor wenigen Jahren konnte man aufgrund des Personalüberhangs immer aus dem Vollen schöpfen. Doch diesen Überhang gibt es schon seit einiger Zeit nicht mehr. Im Gegenteil: Es fehlen Köpfe im öffentlichen Dienst.“

> Liebermann warnt vor zunehmender Gewalt

Der tbb Chef rief die anwesenden Politiker dazu auf, sich mit ihren Entscheidungen dem Wettkampf des öffentlichen Dienstes um die besten Köpfe zu stellen und verdeutlichte diese Forderung mit einem Zitat von Berthold Beitz: „Man kann nicht heute Apfelbäume pflanzen und schon im nächsten Jahr die Früchte ernten.“

In seiner Rede ging Liebermann auch auf die Auswirkungen der Föderalismusreform von 2006 ein. Diese habe dazu geführt, dass sich die Besoldung der Beamten in allen Bundesländern anders entwickelt hat.

Außerdem warnte der Landesvorsitzende vor der zunehmenden Gewalt in der Gesellschaft, die sich zunehmend auch gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes richte: „Wir stehen vor neuen Dimensionen, einer neuen Situation, einer Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen.“

> Carius: Friedlicher Ausgleich ist Stärke der Demokratie

Landtagspräsident Carius begrüßte in seiner Rede das klare Bekenntnis des tbb zur parlamentarischen Demokratie. „Der Plenarsaal ist rund, damit man von allen Seiten auf ein Vorhaben schauen kann“, betonte Carius und rief dazu auf, dementsprechend zu akzeptieren, dass es unterschiedliche Sichtweisen gebe.

Eine Stärke der parlamentarischen Demokratie läge zudem im friedlichen Ausgleich. Es wäre daher nicht hinnehmbar, wenn Menschen in Ausübung ihres Berufes angegriffen würden. Er rief dazu auf, die Ursa-



> Bodow Ramelow, Christian Carius, Ulrich Silberbach

chen für diese zunehmende Gewalt zu untersuchen und eine offene Debatte hierüber zu führen. Auch der Landtagspräsident sah eine weitere Herausforderung für den öffentlichen Dienst im harten Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft um die besten Köpfe.

Auch der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, betonte, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Garant für eine funktionierende Gesellschaft sind.

Ramelow mahnte, dass es eine gefährliche Entwicklung sei, wenn an manchen Orten die (Anmerkung der Redaktion: geringe) Anzahl der Steuerprüfer als Standortvorteil verkauft würde. Denn ohne die Einnahmen aus den Steuerprüfungen könne man sich viele Dinge nicht leisten. „Ohne das gesamte System des öffentlichen Dienstes würde es uns so nicht geben.“

Der Ministerpräsident betrachtete auch die Auswirkungen der Föderalismusreform kritisch. Er habe schon als Abgeordneter im Bundestag davor gewarnt, das Beamtenrecht aus der Bundeshand zu geben und so die Länder in einen Wettbewerb untereinander zu zwingen.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach griff in seiner Rede ebenfalls das Thema Gewalt gegen Beschäftigte des

öffentlichen Dienstes auf. Er gab den anwesenden Vertretern der Politik mit auf den Weg, dass jede Form von Gewalt umgehend durch die Justiz geahndet werden muss.

Mit Blick auf die Folgen der Föderalismusreform zeigte Silberbach am Beispiel Bayerns auf, dass ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst auch ein Garant für die positive Entwicklung eines Bundeslandes sei. Silberbach griff zudem das derzeit in Thüringen diskutierte Thema „Hamburger Modell“, also den Dienstherrenzuschuss zur freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung für Beamte, auf. Ihm war wichtig, dieses Thema nicht einseitig zu diskutieren, sondern „klar aufzuzeigen, was man den Betroffenen gibt und was man ihnen gleichzeitig damit aus der Tasche zieht“. Käme der Zuschuss des Dienstherren zur freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung, dann entfielen zeitgleich etwa die Grundlage zur Gewährung des Familienzuschlags. Letzterer sei jedoch wesentlich höher.

Im Anschluss an die Reden nutzten die Anwesenden die Möglichkeit, sich auszutauschen. Dass es an Themen nicht mangelte, hatte der dbb Bundesvorsitzende Silberbach bereits vorhergesagt: „Politik und öffentlicher Dienst sind zwei Seiten der gleichen Medaille: Sie beschließen die Gesetze und wir setzen sie um.“ ■

THÜRINGER LANDTAG

